Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

# Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz**

5. Sitzung
23. März 2022

Beginn: 09.05 Uhr
Schluss: 11.33 Uhr
Vorsitz: Christian Wolf (FDP)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

| | |
|---|---|
| Vorlage – zur Beschlussfassung – | 0010 |
| Drucksache 19/0200 | DiDat |
| **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)** | Haupt(f) |

**Hier: Einzelplan 25**
**(auf Drucksache 19/0200-Anlage) sowie die**
**IKT-Titel aller Einzelpläne (vgl. Rote Nr. 0200A)**

**– Vorabüberweisung –**

– 1. Lesung –

**Vorsitzender Christian Wolf** verweist auf die vorliegende Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – mit den im Vorfeld durch die Fraktionen schriftlich eingereichten Berichtsanträgen. Zudem liege die Synopse als Tischvorlage vor und könne auf der Webseite des Abgeordnetenhauses unter den Vorgängen öffentlich eingesehen werden. Die Einzelpläne in Papierform würden dem Abgeordnetenhaus im Laufe des Tages vorgelegt. Auf eine Debatte

werde verzichtet, wenn die Spalte „Bemerkungen“ den Hinweis „schriftlich“ enthalte. Es werde davon ausgegangen, dass der Ausschuss insgesamt dem Berichtsauftrag an die Verwaltung einvernehmlich zustimme. Eine Abstimmung finde nur statt, wenn der Zustimmungsfiktion beim Aufruf widersprochen werde. In den übrigen Fällen erfolge eine mündliche Stellungnahme; einen zusätzlichen oder ersatzweisen schriftlichen Bericht müsse der Ausschuss beschließen. Sei anstelle einer mündlichen Beantwortung eine schriftliche gewünscht, bitte er um ein kurzes Signal. Die Kapitel oder Titel, zu denen es keinen Redebedarf gebe, bei denen die Fragen sofort geklärt werden könnten, seien erledigt und würden in der zweiten Lesung nicht mehr aufgerufen. Solle eine erneute Thematisierung gewünscht werden, müssten diese Titel ausdrücklich zurückgestellt werden. Bei spontanen Berichtsanträgen müsse die Frage angekündigt und präzise formuliert werden. Sie sei dann mit dem zur Verfügung stehenden Berichtsantragsmuster beim Ausschussbüro einzureichen. Das Nachliefern der genauen Formulierung sei nur nach Ankündigung in der Sitzung und bis 12 Uhr am 24. März 2022 möglich. Das Nachliefern nicht in der Sitzung angekündigter Fragen sei ausgeschlossen.

**Christian Wolf** (FDP) weist darauf hin, dass er mit der Organisation der Sitzung beschäftigt sein werde und Herr Rogat nicht anwesend sein könne. Die FDP-Fraktion wolle sich diesen Umständen geschuldet vorbehalten, zu jeder laufenden Nummer eine Frage schriftlich bis 12 Uhr am 24. März 2022 nachzureichen.

**Vorsitzender Christian Wolf** betont, Personaltitel und Stellenpläne aller Einzelpläne würden in den Unterausschüssen des Hauptausschusses beraten. Der Fachausschuss könne übergeordnete Fragen erörtern, eine einzelstellenscharfe Beratung sei aber nicht möglich.

Er schlage vor, Anträge des Einzelplans 21 vorzuziehen, um den Vertretern der BlnBDI zu Beginn zu ermöglichen, die Fragen zu erläutern.

Der **Ausschuss** verfährt so.

**Tobias Schulze** (LINKE) merkt an, seine Fraktion wolle gegebenenfalls weitere Fragen schriftlich beantworten lassen. Er bitte vor allem die CDU-Fraktion, bei Fragen zu Listen, Tabellen und Ähnlichem, auch so zu verfahren, um die Sitzung schnell durchzuführen.

**Vorsitzender Christian Wolf** erklärt, es sei ähnlich mit der CDU-Fraktion vereinbart.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) unterstreicht, er und seine Kolleginnen und Kollegen aus SenInnDS, der Senatskanzlei und bei Bedarf SenJustVA, SenUMVK, SenBJF und SenIAS freuten sich, den Einzelplan 25 vorzustellen.

Auf der untenstehenden Folie seien Grundzahlen und Ansatzentwicklung zum Einzelplan 25 in Mio. Euro zu sehen. Es sei relevant, dass die Aufteilung und Unterscheidung zwischen Kopfkapitel und Behördenkapitel vorgenommen werde. Der Vergleich zwischen Ist 2021 und Soll für den Haushalt 2023 zeige einen Anstieg der finanziellen Mittel.

## 1. Grundzahlen und Ansatzentwicklung des Einzelplans 25

| Einzelplan 25 (in Mio. €) | Ansatz 2021 | Ist 2021 | Senatsbeschluss 1.3.22 |
|---|---|---|---|
| **Insgesamt** | 231,8 | 200,3 | 267,1 / 274,4 |
| **davon Kopfkapitel** | 155,8 | 74,4[1] | 141,2 / 146,0 |
| **davon Behördenkapitel** | 76,0 | 125,9 | 125,9 / 128,4 |

[1] Niedriges Ist aufgrund von Ausgabenresten in den geschlossenen Deckungskreisen Digitale Akte / Migrationsreadiness in Folge von Projektverzögerungen / Lieferengpässe

Seite 3

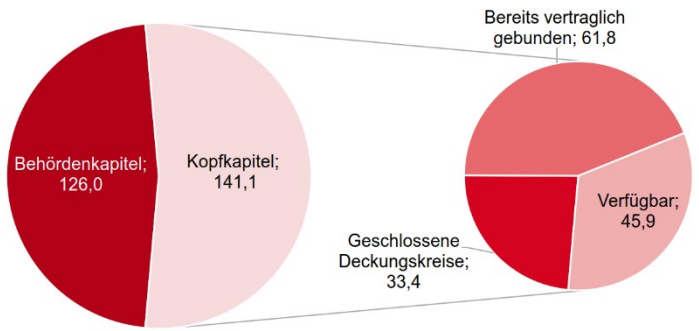
Die nächsten beiden Folie zeigten jeweils für 2022 und 2023 die Aufteilung in Behördenkapitel und Kopfkapitel, und von Letzterem, was davon gebunden sein, was verfügbar sei und was zu den geschlossenen Deckungskreisen gehöre.

## 1. Einzelplan 25 - Landesweite Maßnahmen des E-Governments

### 1.1 Darstellung der Ansätze 2022

(gesamt: 267,1 Mio. Euro)

Werte in Mio. Euro



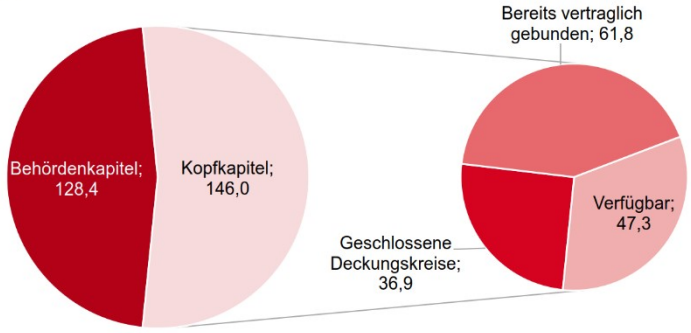

Seite 4

## 1. Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments

### 1.2 Darstellung der Ansätze 2023

(gesamt: 274,4 Mio. Euro)

Werte in Mio. Euro




Seite 5

Die wichtigsten Maßnahmen seien in der nächsten Folie aufgelistet. Dazu gehörten Bürgerdienste, die digitale Akte, die Fortführung der One-Device-Strategie, der Beschleunigung der IKT-Migration zum ITDZ, der Neuaufstellung und ein Finanzierungsmodell für das ITDZ und die Entwicklung und Umsetzung einer Open-Source-Strategie.

## 2. Maßnahmen aus den Richtlinien der Regierungspolitik

### 2.1 Berücksichtigte Kernthemen im Einzelplan 25

| Bezeichnung | Ansatz 2022 (in Mio. €) | Ansatz 2023 (in Mio. €) |
|---|---|---|
| Bürgerdienste (inkl. IKT-Basisdienst digitaler Antrag) | 5,78 | 5,48 |
| Flächendeckender Rollout Digitale Akte | 32,43 | 35,85 |
| Fortführung One-Device-Strategie /Berlin-PC Mobil als Standardarbeitsplatz | 2,75 | 2,75 |
| Beschleunigung der IKT-Migration (hin zum ITDZ) | 18,8 | 20,67 |
| ITDZ-Berlin – Neuaufstellung und Finanzierungsmodell | 0,67 | 0,21 |
| Open Source (Strategie, „Berlin-PC Open Source“, Kompetenzzentrum im ITDZ | 1,15 | 1,15 |

Seite 6

Weitere prioritäre Vorhaben seien auf der nächsten Folie aufgeführt. Dazu gehörten die Ertüchtigung des Berliner Landesnetzes, um die Weiterentwicklung des IKT-Basisdienstes „Auskunft und Vermittlung“, um Maßnahmen für die Informationssicherheit, weitere IKT-

Basisdienste für E-Government – unter anderem das ZMS, das Service-Portal, E-Payment und ein Service-Konto –, der Aufbau eines berlineinheitlichen Verzeichnisdienstes und eine Kollaborationsplattform.

## 2. Weitere prioritäre Vorhaben

### 2.2 Zentrale IKT-Basisdienste/Dienstleistungen im Einzelplan 25 (Bestand und geplante Weiterentwicklungen)

| Bezeichnung | Ansatz 2022 (in Mio. €) | Ansatz 2023 (in Mio. €) |
|---|---|---|
| Berliner Landesnetz (BeLa) | 24,0 | 24,24 |
| IKT-Basisdienst Vermittlung und Auskunft | 18,98 | 19,67 |
| Maßnahmen/Dienstleistungen für die Informationssicherheit | 7,98 | 9,3 |
| Weitere IKT-Basisdienste für E-Government (u.a. ZMS, beBPo, Service-Portal, E-Payment, Service-Konto) | 8,55 | 10,86 |
| Aufbau Berlineinheitlicher Verzeichnisdienst | 0,26 | 2,3 |
| Aufbau Kollaborationsplattform | 2,0 | 1,5 |

Seite 7

So werde der Einzelplan dem Vorhaben der Landesregierung gerecht, die Digitalisierung als einen Schwerpunkt der Regierungspolitik in dieser Legislaturperiode voranzutreiben. Die notwendigen Ziele seien umsetzbar, es könne aber immer mehr sein. Die Behördenkapitel seien deutlich gestärkt worden.

Es sei aber auch zu berücksichtigen, dass es erfolgskritische Faktoren für die Umsetzung der Maßnahmen gebe, die auch außerhalb des Einzelplans 25 lägen. Dabei gehe es um die Verfügbarkeit der erforderlichen zusätzlichen personellen Ressourcen, die immer erforderlich seien. Weiterhin sei die bauliche Ertüchtigung und Unterhaltung für die Migrationsfähigkeit der Behörden wichtig, aber nicht enthalten. Zuletzt müssten außerhalb des Einzelplans auch Schlussfolgerungen aus der Umsetzung des Finanzierungsmodells für das ITDZ und der notwendigen Anpassung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige IKT berücksichtigt werden. Es gebe den Auftrag, das mit den Haushaltsberatungen 2022/2023 umzusetzen. Die Richtlinien der Regierungspolitik gäben vor, ein Finanzierungsmodell für das ITDZ zu realisieren.

**Vorsitzender Christian Wolf** leitet über zur Abarbeitung der Synopse.

Der **Ausschuss** bittet um die Beantwortung der in der Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – aufgeführten Fragen und die Übermittlung der angeforderten Berichte rechtzeitig zur zweiten Lesung am 4. Mai 2022.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Titeln in der Ausschusssitzung ausgeführt:

**Einzelplan 21 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**

**Kapitel 2100 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**
**Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**

Lfd. Nr. 130, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Sind die angemeldeten Aufwüchse ausreichend für die seit Wirksamwerden der DSGVO zusätzlichen Aufgaben und den, sich aus der Verwaltungsdigitalisierung ergebenden Beratungsbedarf?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, dazu habe es im Unterausschuss Verwaltung am 21. März 2022 einen schriftlichen Berichtsauftrag gegeben, sodass keine Notwendigkeit einer ausführlicheren Besprechung gegeben sei.

**Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten**

Lfd. Nr. 131, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ist der Titel mit Blick auf die in Folge der DSGVO erheblich höheren Bußgeldmöglichkeiten auskömmlich?

**Dr. Ulrich Vollmer** (BlnBDI) entschuldigt Herr Brozio, der an der Datenschutzkonferenz, dem Gremium der unabhängigen deutschen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder teilnehme.

Der Ansatz aus dem vorjährigen Haushalt sei bereits verdoppelt, was notwendig geworden sei, weil die Klagebereitschaft der Unternehmen deutlich zugenommen habe. Es sei eine Grundsatzentscheidung, ob die Verwarnungen ebenfalls vor dem Verwaltungsgericht angegriffen werden könnten. Bestätige das Gericht dies so, werde BlnBDI mit zusätzlichen Kosten konfrontiert, aber BlnBDI gehe davon aus, dass der Ansatz, der auf 20 000 Euro verdoppelt worden sei, auskömmlich sei.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) fragt, welche Möglichkeiten zu überziehen BlnBDI habe, wenn das Geld nicht reiche. Müsse dann im Hauptausschuss eine Vorlage eingereicht werden? Es gehe teilweise um viel Geld und solle nicht an geringen Beträgen scheitern, da es Einnahmen bringe und die Durchsetzung des geltenden Datenschutzrechts befördere.

**Janine Rogge** (BlnBDI) merkt an, es handele sich um einen Fünfertitel, sodass in einem anderen Fünfertitel noch Mittel vorhanden sein würden, die im Zuge der Deckungsfähigkeit genutzt werden müssten.

**Titel 52610 – Gutachten**

Lfd. Nr. 132, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Sind für 2022/2023 konkrete Gutachten-Aufträge in Vorbereitung?

**Dr. Ulrich Vollmer** (BlnBDI) erklärt, BlnBDI sehe einen erhöhten Bedarf, weshalb der Ansatz des vorherigen Doppelhaushalts von 7 500 auf 15 000 Euro verdoppelt worden sei, sodass der Bedarf gedeckt werden könne. Dies liege vor allem an Datenexporten in Länder außerhalb der EU/des EWR, sodass die Rechtslage in diesen Ländern beurteilt werden müsse und Gutachten eingeholt werden müssten.

**Maßnahmengruppe 31**
**Titel 51143 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**

Lfd. Nr. 133, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wer betreibt die IKT? Ist eine Migration der IKT zum ITDZ notwendig oder möglich? Um wie viele IKT-Arbeitsplätze geht es? Gibt es Fachverfahren die nicht auf Windows 11 bzw. dem BerlinPC lauffähig wären?

**Dr. Ulrich Vollmer** (BlnBDI) berichtet, die IKT werde von der BlnBDI selbst betrieben. Sie habe sich zu einer Migration zum ITDZ bemüht, aber es sei zu berücksichtigen, dass die BlnBDI nicht zu den abnahmepflichtigen Behörden gehöre. Aufgrund der gesetzlichen Lage könne das ITDZ sie nicht priorisieren, sodass die IKT bis auf Weiteres selbst betrieben werde.

Es gebe 160 IKT-Arbeitsplätze, davon 80 feste und 80 mobile.

Bei der Möglichkeit zur Migration sehe er keine Probleme. Die Fachverfahren, die BlnBDI betreibe, seien auf Windows 11 und den BerlinPC migrierbar.

**Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments**

**Übergreifende Fragen in Bezug auf Einzelplan 25**

**seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 5, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchem Titel ist der Ausbau von FreeWifiBerlin etatisiert?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) berichtet, der Ausbau des Free Wifi Berlin sei in Einzelplan 03 etatisiert. Es bestehe Einvernehmen, dass die Zuständigkeit nach

SenInnDS wechsele, sodass es nach Verabschiedung der neuen Geschäftsverteilung im Haushalt nachgezogen werden müsse.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, es sei schwierig, eine Haushaltsberatung zu machen, wenn es noch nicht vollzogen sei. Könne der Staatssekretär in Aussicht stellen, dass mit der Druckfassung des finalen Haushaltsplans am Ende die Titel in den Einzelplänen seien, in die sie gehörten?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) äußert, er sage dies zu.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 6, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchem Titel ist der Ausbau von DataHUB etatisiert?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) erklärt, es sei noch im Einzelplan 12 etatisiert und werde noch wechseln.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 21, Fraktion der CDU

Erbitten einen Bericht/Auflistung über aufgrund der Corona-Pandemie nicht erfolgten Ausgaben oder durchgeführte Projekte in den jeweiligen Senatsverwaltungen.

in Verbindung mit

Lfd. Nr. 22, Fraktion der CDU

Erbitten eine Auflistung der durch die Corona-Pandemie notwendigen Maßnahmen und Ausgaben, für Anschaffung und Betrieb von Software, Apps, etc.?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) hebt hervor, dass es während der Coronapandemie besondere Herausforderungen und Belastungen für den Einzelplan 25 gegeben habe, die im Voraus nicht absehbar gewesen seien. Die Ausstattung mit Endgeräten vor der Coronapandemie sei nicht mit dem aktuellen Stand vergleichbar. Dies habe aber auch dazu geführt, dass andere Dinge nicht umgesetzt worden seien.

**Dr. Matthias Kollatz** (SPD) fügt hinzu, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass der Großteil der nicht ausgeschöpften Titel durch andere Dinge zustande gekommen sei, die nicht im Zusammenhang mit Corona stünden.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 19.

**seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 24, Fraktion der CDU

Bitte um Bericht zur Drittmittelakquise:

Werden zur Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung Drittmittel z.B. vom Bund eingeworben? Bitte Bericht um welche Projekte es sich handelt, Höhe der Förderung, Fristen zur Umsetzung, Kooperationspartner etc.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) betont, die erste Frage könne er mit Ja beantworten, z. B. für das Einer-für-alle-Projekt des digitalen Nachweisverfahrens. Zur zweiten Frage gebe es noch keine Verständigung über den finanziellen Rahmen, der in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern geschehe. Aus dem Konjunkturpaket habe es 3 Mrd. Euro für die Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen gegeben. Davon sei im vergangenen Jahr ca. 1 Mrd. Euro ausgegeben oder gebunden worden. Beim letzten IT-Planungsrat sei unter dem Stichwort OZG 2.0 die Diskussion über weitere Maßnahmen begonnen worden. Die Beratungen stünden am Anfang, und er werde fortlaufend darüber berichten. Auch das Bundesinnenministerium habe noch keine Informationen zur weiteren verbindlichen Finanzierung. Hierbei spiele die neue Prioritätensetzung des Bundeshaushaltes eine Rolle, auch vor dem Hintergrund der 100 Mrd. Euro Sondervermögen für den Verteidigungshaushalt.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 21.

**Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung**

**alle Titel**

Lfd. Nr. 30, Fraktion der CDU

Mitnehmen/Motivation der Verwaltungsmitarbeiter:

1. Welche Maßnahmen (z.B. Werbekampagnen o.ä.) sind für die Gewinnung von zusätzlichen und dringend benötigten IT-Mitarbeitern geplant?

2. Mit welchen Maßnahmen wird bei den Verwaltungsleitungen und bei den Beschäftigten für die Umsetzung des EGovG Bln geworben?

3. Wie viele Mittel sind für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter der Verwaltung vorgesehen?

4. Wie entwickelt sich die Rekrutierung/Ausbildung/Weiterbildung von technischem IT-Personal in der Verwaltung?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) weist darauf hin, seine Verwaltung sei mit der für das Personal zuständigen SenFin im Gespräch, konkrete Maßnahmen zu planen und

durchzuführen. Zu 1: Es sei mit der Planung, die verschiedenen Maßnahmen ausfindig zu machen, begonnen worden. Dabei würden auch die Aspekte Bezahlung, Attraktivität und, Zugang zu potenziellen Mitarbeiterinnen berücksichtigt.

**Christopher Förster** (CDU) regt an, diesen Punkt nach den Haushaltsberatungen im Ausschuss zu besprechen.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 27.

**Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung**

Lfd. Nr. 32 a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie erklärt sich der große Unterschied zwischen Ansatz und Ist? Warum sinkt der Bedarf?

in Verbindung mit

Lfd. Nr. 32 b, Fraktion der AfD

Für die Jahre 2022 und 2023 liegt der Mittelansatz im Bereich der GPO deutlich niedriger als in den Vorjahren. Bedeutet dies, dass die GPO weitgehend abgeschlossen ist? Oder ist man in vielen Ressorts zu dem Ergebnis gekommen, dass keine wirksame GPO möglich ist? In welchen Ressorts sind noch geplante Arbeiten oder Evaluierungen offen?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) bittet darum, dass die Frage schriftlich beantwortet werden dürfe. Der niedrigere Mittelansatz bedeute aber nicht, dass das Thema Geschäftsprozessoptimierung weniger wichtig sei, und es bedeute nicht, dass das Thema in den einzelnen Ressorts abgeschlossen sei.

**Marc Vallendar** (AfD) will wissen, ob der Senat bei allen übrigen Punkten schriftliche Beantwortungen vorsehe. Es könne Zeit gespart werden, wenn der Senat sage, er wolle alles schriftlich beantworten.

**Vorsitzender Christian Wolf** flechtet ein, dass der Aufruf der einzelnen Punkte dennoch nötig sei.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) erwidert, es werde nicht durchgängig so sein, aber der überwiegende Teil wolle er schriftlich beantworten.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 29.

**Titel 51113 – Anschluss an das Berliner Landesnetz**

Lfd. Nr. 37 a, Fraktion der CDU

Bitte Übersicht der Maßnahmen und deren Umsetzungsstand Frage Sicherheit vor Zugriff Dritter. Technische Standards.

**Christopher Förster** (CDU) merkt an, mehr mündliche Antworten erhalten zu wollen. Es sei ein großer Aufwand für Beamte, Fragen zu beantworten, wenn innerhalb von fünf Minuten Punkte vor Ort geklärt werden könnten.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) wünscht, die Frage schriftlich zu beantworten. Er habe das Verfahren auch hinterfragt. Es würden 700 Fragen seit vergangener Woche bearbeitet. Die Erfahrung zeige, dass im Nachhinein viel schriftlich erbeten werde. Die vorherrschende Präferenz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei eine schriftliche Beantwortung. Er bitte um Verständnis und stelle in Aussicht, dass in der zweiten Lesung mehr Diskussion möglich sein werde.

**Tobias Schulze** (LINKE) betont, einige Antworten seien zwar schnell mündlich beantwortbar und auch bei politischen Einschätzungen könne der Staatssekretär vielleicht ein paar Worte sagen. Aber eine Bitte um eine Übersicht wie 37 a könne nur schwer mündlich beantwortet werden. In Sachen Arbeitsaufwand müsse auch eine mündliche Beantwortung vorbereitet werden.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) weist darauf hin, es gebe einzelne laufende Nummern mit gleichen Fragen. Er rege an, der Senat könne diese bei der Beantwortung zusammenfassen. Er denke, das Verfahren sei in Ordnung, und die richtigen Diskussionen kämen anhand der Berichte.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 34.

**Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

Lfd. Nr. 39 d, Fraktion der FDP

Worin begründen sich die angesetzten Mittel in TA1 und 2 für die *Etablierung Struktur Chief Digital Officer (CDO) Land Berlin*, welche Projekte und Maßnahmen stehen dahinter?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) erklärt, die Funktion des CDO sei sowohl in der Senatskanzlei als auch in SenInnDS angesiedelt. In den Teilansätzen 1 und 2 gehe es um die Etablierung der Struktur. Dies betreffe vor allem die in den Richtlinien der Regierungspolitik vorgesehene Einrichtung einer Stabsstelle Digitalisierung, die jede Hauptverwaltung einrichten solle. Dabei sei eine Struktur zur Koordinierung der Stabsstellen vorgesehen.

**Christian Wolf** (FDP) bittet darum, die Projekte und Maßnahmen schriftlich darzulegen.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 37.

**Titel 51164 – IKT-Basisdienste für Infrastruktur und IKT-Arbeitsplatz**

Lfd. Nr. 43 a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Rolle spielt faire Hardware bei der Beschaffung (fair = gemäß der ILO-Kernarbeitsnormen und ohne Konfliktrohstoffe)?

- Welches Zielvolumen an fairen IT-Produkten plant der Senat im Rahmen der öffentlichen IT-Beschaffung für die öffentlichen Verwaltungen ein?

- Von welchen fairen Dienstleister bezieht Berlin aktuell IT-Produkte die gemäß der ILO-Kernarbeitsnorm und ohne Konfliktrohstoffe fair produziert und entsprechend zertifiziert werden?

- Welche Rolle spielt Reparierbarkeit bei der Hardwarebeschaffung?

Warum spielt das Thema bisher bei der Klimaschutzvereinbarung mit dem ITDZ keine Rolle?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) berichtet, an der Planung dieser Zielvolumen werde gearbeitet, aber er könne noch kein konkretes Ergebnis präsentieren. Dies berücksichtige auch den zweiten Punkt. Warum die Reparierbarkeit bisher keine Rolle gespielt habe, wisse er nicht, aber es werde künftig stärker berücksichtigt.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**Kapitel 2503 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister**

**Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**

Lfd. Nr. 49, Fraktion der FDP

Bitte um Erläuterung des Postens TA3 Penetrationstest. Wird dieses Instrument standardmäßig in allen Senatsverwaltungen und Bezirken angewandt?

**Jens Heinrich** (RBm – Skzl) [zugeschaltet] trägt vor, der Teilansatz Penetrationstest stehe im engen Sachzusammenhang mit dem Ansatz für IT-Sicherheit, ISMS, Notfallmanagement im Titel 52613 – Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT. Hierbei gehe es um die empirische Seite der Sicherheitsanalysen, die im Rahmen des ISMS durchgeführt würden. Die entwickelten Regelungen, Leit- und Richtlinien würden auf ihre Wirksamkeit überprüft. Die separate Aufführung unterstreiche die beiden Seiten: empirisch und konzeptionell.

**Christian Wolf** (FDP) hebt hervor, der Penetrationstest beziehe sich auf Kapitel 2503 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister. Finde dieses Instrument auch in den Bezirken und anderen Senatsverwaltungen Anwendung?

**Jens Heinrich** (RBm – Skzl) [zugeschaltet] mutmaßt, es sei denkbar, dass in anderen Behörden Ähnliches durchgeführt werde, dazu könne er aber nichts Genaueres sagen.

**Christian Wolf** (FDP) teilt mit, seine Fraktion behalte sich vor, schriftlich nachzufragen.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 47.

**Kapitel 2510 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie**

**Maßnahmengruppe 31**

**titelübergreifend**

Lfd. Nr. 61, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Übersicht aller Verfahren und der im Haushalt abgesicherten Ansätze für die Weiterentwicklung in 2022 und 2023 (insbesondere Anschluss E-Akte)?

**Anna-Maria Krebs** (SenBJF) [zugeschaltet] merk an, dass in diesem Kapitel keine Fachverfahren aufgelistet seien. Die seien im Einzelplan 10 bei Titel 81244 – Einführung e-Akte für die Fachverfahren ISBJ und Titel 81250 – Umsteuerung auf eine zentrale, webbasierte Fachanwendung im Rahmen von eGovernment@School geplant, auch der Anschluss an die E-Akte.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**titelübergreifend**

Lfd. Nr. 62, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wo und in welcher Höhe sind die Einnahmen und Ausgaben aus dem “Digitalpakt Schule” dargestellt?

**Anja Tempelhoff** (SenBJF) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass der Digitalpakt mit Ein- und Ausgaben in der Maßnahmengruppe 05, Titel 81211 – Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Mitte bis Titel 81221 – Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Lichtenberg geführt werde.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**Titel 51113 – Anschluss an das Berliner Landesnetz**

Lfd. Nr. 63, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Warum ist im Einzelplan 10 für die Aufgabe nichts veranschlagt?

**Anna-Maria Krebs** (SenBJF) [zugeschaltet] führt aus, dass aufgrund der Forderung zur Beendigung der Fremdnutzung von Schulen im Moment nicht vorausgesagt werden könne, welche Standorte zukünftig erschlossen werden könnten und welche Kosten dadurch entstünden. In den Folgehaushalten könne dies hoffentlich veranschlagt werden.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) spricht an, in Titel 51113 müsse verfahrensunabhängig alles, was im Bildungshaushalt sei, veranschlagt werden. Teile der Schulen seien verständlicherweise in Bezirken veranschlagt, aber dass der gesamte Einzelplan kein Kabel zum Landesnetz brauche, verstehe er nicht.

**Anna-Maria Krebs** (SenBJF) [zugeschaltet] erwidert, es gehe um die Fremdnutzung von Schulen, zum Beispiel für Lehrerfortbildungen, schulpraktische Seminare oder für SIBUZen. Hier werde versucht, andere Standorte für Fort- und Weiterbildung und Verwaltung zu finden. Speziell für diesen Bereich gebe es keine Veranschlagungsreife. Mit der Eingliederung ins ITDZ könne hoffentlich in diesem oder nächsten Jahr abgeschlossen werden. Die weiteren Dinge in der Veranschlagung seien in der verfahrensunabhängigen IT insgesamt untergekommen.

**Tobias Schulze** (LINKE) befürwortet, dies in den Berichten herauszuarbeiten, wenn es allgemein in der verfahrensunabhängigen IT etatisiert sei, um den Bildungsbereich extra darzustellen, da es viele interessiere. Könne SenBJF das ermöglichen?

**Anna-Maria Krebs** (SenBJF) [zugeschaltet] stellt in Aussicht, SenBJF werde das versuchen, aber müsse schauen, ob die Kosten für die Anschlüsse an das Landesnetz rausgerechnet werden könnten. Dies werde als schriftlicher Bericht abgegeben.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 62.

**Kapitel 2536 – Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf**

**Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

Lfd. Nr. 77 b, Fraktion der FDP

Warum ist die TA3 *Datensicherung* im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf ein einmaliger Posten? Bitte um Begründung.

**Mathias Altensleben** (BA-Steglitz-Zehlendorf) [zugeschaltet] erklärt, es handele sich um eine Lizenz mit einer Laufzeit von 36 Monaten, sodass im Jahr 2022 eine Folgeverlängerung der bestehenden Lizenzen notwendig sei. Die nächste anstehende Verlängerung stehe erst im Jahr 2025 an.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**Kapitel 2552 – Der Polizeipräsident in Berlin**

**Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

Lfd. Nr. 84, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Möglichkeiten sieht der Senat die stark gestiegenen Kosten für Microsoft wieder zu reduzieren?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) räumt ein, es handele sich um ein schwieriges Problem. Lösungsansätze seien eine weitere Nachfragebündelung, um stärker aufzutreten und das konsequente Verfolgen alternativer Produkte.

**Tobias Schulze** (LINKE) will wissen, ob es beim Umgang mit Microsoft ein strategischeres Vorgehen gebe, das demnächst im Ausschuss vorgestellt werden könne. Der Umstieg von Microsoft stehe auch aufgrund von Datenschutzfragen im Raum, sodass man sich darüber Gedanken machen müsse.

**Dr. Matthias Kollatz** (SPD) bittet darum, den Städtetag zu berücksichtigen, um Nachfragemacht zu schaffen.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) bestätigt, es sei sinnvoll, sich auf Länder- und kommunaler Ebene zu verständigen. Darüber werde er berichten.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) weist darauf hin, eine schriftliche Beantwortung sei jetzt nicht notwendig, und für die Diskussion müsse der Ausschuss eine geeignete Diskussionsgrundlage schaffen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest.

**titelübergreifend**

Lfd. Nr. 100, Fraktion der CDU

Frage nach Zuständigkeit für die Erfassung von ukrainischen Flüchtlingen (LABO, LAGESO, LA für Einwanderung?)? Sind die zuständigen Stellen ausreichend digital ausgestattet? Welche Verfahren/Standards gelten, welche Daten müssen erfasst und zusammengeführt werden?

Frage Ausstattung digitaler Infrastruktur (Hard- und Software) zur Bewältigung von Großlagen (z.B. Erfassung, Verwaltung ankommender Flüchtlinge etc.)

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) bittet darum, dass eine schriftliche Antwort geliefert werden dürfe.

**Christopher Förster** (CDU) antwortet, seine Fraktion könne dem zustimmen, wolle aber aufgrund der Aktualität in der nächsten Sitzung darüber beraten.

**Vorsitzender Christian Wolf** regt an, dies könne in der Sprecherrunde thematisiert werden.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) fügt hinzu, SenInnDS sei sehr schnell in der Lage gewesen, das Ankunftszentrum in Tegel digital zu ertüchtigen. Es sei deutschlandweit einmalig, dass für das LEA ein gut funktionierendes digitales Antragsverfahren etabliert worden sei. Von Freitagmittag bis Montagmorgen seien 6 000 Anträge eingegangen, und es sei stabil gelaufen, sodass das Verfahren vollständig digital laufe. Das digitale Antragsmanagement sei schnell eingerichtet worden und werde durch eine Hotline auf Deutsch, Englisch, Ukrainisch und Russisch unterstützt.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern, Berichtsauftrag Nr. 101.

**Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus**

**Kapitel 0100 – Abgeordnetenhaus**

**Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

Lfd. Nr. 101, Fraktion der AfD

Bzgl. Weiterentwicklung PARDOK und ADOS:

1. Ist geplant, im Zuge der Weiterentwicklung auch für die Ausschussdokumentation (inklusive „Rote Nummern“) eine Open-Data-Schnittstelle analog zu den in PARDOK hinterlegten Daten bereitzustellen?

2. Falls nein, wie viele Mehrkosten würden entstehen, wenn die Bereitstellung einer solchen Schnittstelle zusätzlich budgetiert werden soll?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) bittet darum, auch zu berichten, ob es die Möglichkeit gebe, auf dem Internetauftritt eine Ausschussmappe einzurichten, wie es in den BVVen üblich sei, sodass die Dokumente eines Ausschusses in einer PDF verfügbar seien. PARDOK unterstütze dies nicht.

Der **Ausschuss** beschließt, einen schriftlichen Bericht anzufordern.

[Lüftungspause von 10.57 Uhr bis 11.15 Uhr]

**Einzelplan 06 – Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung**

**Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

Lfd. Nr. 115, Fraktion der CDU

Welche Schlüsse wurden aus dem Emotet-Virus gezogen? Frage nach erfolgten Maßnahmen und Datensicherheit?

**Fred Rudel** (SenJustVA) [zugeschaltet] erklärt, der Eigenbetrieb des Kammergerichts sei nach dem Emotet-Vorfall im September 2019 beendet worden. In der Folgezeit seien die Clients ausgetauscht worden, und das Kammergericht befinde sich seitdem in der Verantwortung des ITDZ.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) weist darauf hin, Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT sei verfahrensabhängig, sodass die Verantwortlichkeit im Kammergericht oder bei SenJustVA und nicht beim ITDZ liegen könne. Welche Schlüsse seien für die Fachverfahren getroffen worden, oder seien die bundeseinheitlich?

Es gebe zudem mit dem Justizverbund die Idee, etwas mit Dataport zu machen. Sei das für das Kammergericht auch eine Perspektive?

**Christopher Förster** (CDU) fragt, ob es nicht das Ziel sein müsse, alle landeseigenen Betriebe, Behörden, Strukturen zukünftig an das ITDZ anzuschließen, damit sich etwas wie im September 2019 geschehen nicht wiederhole.

**Fred Rudel** (SenJustVA) [zugeschaltet] führt aus, für die Justiz seien konkrete Fachverfahren im Einsatz, überwiegend über Länderverbünde zur Verfügung gestellt. Das werde auch über das ITDZ insgesamt gewährleistet. Die Verantwortung für die verfahrensabhängige IKT liege somit auch im ITDZ.

Wenn ein Weg zu einem länderübergreifenden Betriebs- und Organisationsverbund geebnet werden könne, könne das Kammergericht in Zukunft davon profitieren.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) will wissen, wer Fachverfahrensverantwortlicher für die Fachverfahren, die im Kammergericht genutzt würden, sei. Sei das SenJustVA? Die Fachverfahrensverantwortung liege nicht im ITDZ und müsse woanders liegen.

**Fred Rudel** (SenJustVA) [zugeschaltet] stellt klar, die Fachverfahrensverantwortung liege im Rahmen der laufenden Verträge mit dem ITDZ beim Kammergericht. Der konkrete Betrieb werde über das ITDZ gewährleistet, und dort befinde sich die Sicherheitsarchitektur. Das ITDZ bilde es im Einzelnen ab. Es gebe eine enge und sich weiter verstärkende Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) führt aus, das ITDZ habe allen Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltung die verfahrensunabhängige IKT sowie IKT-Basisdienste zur Verfügung zu stellen, und es betreibe die dafür notwendige Infrastruktur.

Diese Migration werde beschleunigt. Bis Ende 2024 sollten alle Senatsverwaltungen vom ITDZ betrieben werden, und die Bezirksverwaltungen würden folgen.

Die Entscheidung von SenJustVA, sich als Berliner Justiz dem Data-Center Justiz, betrieben vom zentralen Dienstleister Dataport, anzuschließen, liege daran, dass die Unabhängigkeit der Justiz auch den Betrieb, die Versorgung und Pflege der Informations- und Kommunikationstechnik einschließe. Daten würden so unabhängig von der allgemeinen Verwaltung gehalten werden. Dies sei durch Gerichtsentscheidungen bestätigt und verstärkt worden. Es biete sich an, dass sich die Berliner Justiz oder das ITDZ keinen eigenständigen Bereich aufbaue, sondern sich die Justiz an dem Data-Center Justiz beteilige, für das sich schon mehrere Bundesländer zusammengetan hätten.

**Dr. Matthias Kollatz** (SPD) will wissen, ob es einen groben Zeithorizont für die Dataport-Strategie gebe. Werde dies auch bis 2024 verfolgt? Er verstehe die aktuelle Lösung beim ITDZ als Übergangslösung.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) antwortet, die Verträge sollten schneller als bis 2024 abgeschlossen werden.

**Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales**

**Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales -**

**Maßnahmengruppe 32**

**titelübergreifend**

Lfd. Nr. 124, Fraktion der CDU

Frage nach (zusätzlichen) Ausgaben für digitale Technik im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie, Hardware und Software?

**Matthias Lehmann** (SenIAS) [zugeschaltet] stellt klar, für die Jahre 2022 und 2023 seien keine weiteren Ausgaben im Zusammenhang mit der Coronapandemie geplant. Im Haushalt 2021 seien die Beschaffungen für die Fachverfahren SurvNet, SORMAS, Luca und Climedo über den Einzelplan 09 finanziert worden.

**Vorsitzender Christian Wolf** merkt an, die Senatsverwaltung werde gebeten, die Berichte dem Ausschuss bis zum 19. April 2022 in Form einer Sammelvorlage in digitaler Form vorzulegen.

Der **Ausschuss** stellt Erledigung der Fragestellung fest. Er schließt die Besprechung für die heutige Sitzung ab und vertagt den Tagesordnungspunkt.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.